

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion DIE LINKE,
der Abgeordneten Ilona Nicklisch (fraktionslos), Matthias Stefke (fraktionslos), Péter Vida (fraktionslos) und Christine Wernicke (fraktionslos)

ZU:

Antrag auf Aktuelle Stunde der CDU-Fraktion - Tradition der Toleranz in Brandenburg schützen - Antisemitismus konsequent entgegnetreten - Drucksache 7/8707 (Neudruck) vom 10.11.2023

Antisemitismus entschlossen entgegnetreten - Jüdisches Leben in Brandenburg schützen

Der Landtag stellt fest:

1. Die Bekämpfung des Antisemitismus ist vor dem Hintergrund des Holocaust, der Shoah, ein gewichtiger Auftrag der Landesverfassung und die Einrichtung der Stelle einer/eines Antisemitismusbeauftragten beim Landtag ein folgerichtiger und wichtiger Schritt zur Umsetzung des Auftrages.
2. Die Terrorangriffe, die Verschleppung von Geiseln und die fortgesetzten Angriffe der radikal-islamischen Hamas und ihrer Unterstützer auf die israelische Bevölkerung und den Staat Israel sind menschenverachtend und durch nichts zu rechtfertigen. Für viele Menschen in Israel und Gaza bedeutet die aktuelle Auseinandersetzung unermessliches Leid. Allen unschuldigen Opfern der von der Hamas herbeigeführten Konflikteskalation gilt unsere Anteilnahme.
3. Die Menschen in Gaza bedürfen humanitärer Hilfe. Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Situation der Zivilbevölkerung führen, sind ausdrücklich zu begrüßen, solange diese ausschließlich der Zivilbevölkerung im Gazastreifen zugutekommen und die Fähigkeiten der Terrororganisation Hamas und ihrer Unterstützer zu weiteren Übergriffen auf Israel und dessen Bevölkerung nicht stärken.
4. Das Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels ist unantastbar. Israel hat jedes Recht, sich zu verteidigen und seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Der Landtag Brandenburg verurteilt jede Form des Antisemitismus und israelbezogenen Hasses und steht unverrückbar an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland sowie solidarisch an der Seite Israels.

Eingegangen: 21.11.2023 / Ausgegeben: 23.11.2023

5. Die Täter-Opfer-Umkehr ist nicht tolerierbar. Die Hamas ist für die brutalen Terrorangriffe auf Israel und seine Bevölkerung sowie an der politischen Destabilisierung des Nahen Osten verantwortlich. Alle Versuche, den Terror der Hamas zu verharmlosen, zu relativieren oder gar zu feiern, sind auf das schärfste zu verurteilen. Damit in Verbindung stehende Straftaten müssen konsequent verfolgt und mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln geahndet werden.
6. Der Landtag tritt für den Schutz und die Förderung von jüdischem Leben als gesamtgesellschaftliche Aufgabe auf allen Ebenen ein, denn Antisemitismus findet sich in allen sozialen Schichten. Gegenwärtig suchen vor allem islamische Extremisten den Schulterschluss und versuchen so auf die öffentliche Meinung in Deutschland Einfluss zu nehmen. Über soziale Medien und Demonstrationen wird der Versuch unternommen antisemitische Haltungen in der Gesellschaft zu verbreiten bzw. zu reaktivieren. Die Bekämpfung des Antisemitismus ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und der Landtag sieht sich angesichts der zunehmenden Zahl und Intensität antisemitischer Vorfälle in der Pflicht, die Maßnahmen gegen Antisemitismus im Land Brandenburg zu intensivieren und entsprechende Projekte noch stärker zu unterstützen.

Der Landtag bittet darüber hinaus die Landesregierung,

1. die bestehenden Konzepte zur Bekämpfung des Antisemitismus zu prüfen und gegebenenfalls an die aktuellen Entwicklungen anzupassen. Besonders zu berücksichtigen ist dabei die zunehmende Bedeutung von Desinformation und Propaganda insbesondere in den sozialen Medien sowie die internationale Vernetzung antisemitischer Akteure.
2. die Strategien und Maßnahmen zum Schutz jüdischer Einrichtungen weiterhin fortlaufend zu prüfen und bei Bedarf anzupassen, um deren effektiven Schutz zu gewährleisten und das Sicherheitsgefühl unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu stärken.
3. der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus der Vergangenheit und der Gegenwart in den Schulen genügend Raum und Zeit zu verschaffen. Wesentlich ist dabei sich mit dem Judentum und jüdischem Leben sowie den konkreten Erfahrungen der Jüdinnen und Juden zu beschäftigen. Insbesondere Initiativen aus der Schüler- und Lehrerschaft zu Projekten sowie zur Durchführung von Gedenkfahrten nach Auschwitz oder eine andere NS-Gedenkstätte sind hierbei elementare Bestandteile.
4. die Erwachsenenbildung im Bereich der Aufklärung über Antisemitismus weiter zu stärken.